

## Resolution Klimaschutz

### „Klimaschutz und Klimagerechtigkeit jetzt–1,5 Grad sind schon eine Katastrophe!

Aufruf der Bundesdelegiertenversammlung des BUND an die Bundesregierung anlässlich der Klimakonferenz 2015 in Paris

Die Folgen des Klimawandels werden zunehmend spürbar. Wirbelstürme, Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren werden in vielen Teilen der Welt häufiger und stärker und fordern immer mehr Opfer. Der Wirbelsturm Haiyan hat 2013 auf den Philippinen fast 6.000 Menschen das Leben gekostet. Hitzewellen in Indien und Pakistan haben 2015 jeweils mehr als 1.000 Tote gefordert. Klimaforscher prognostizieren, dass 2015 das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen wird. Die Lebensgrundlagen auf der Erde sind in Gefahr – verursacht durch die ansteigenden Temperaturen und deren Folgen. Die meisten Opfer der Erderwärmung gibt es in armen Ländern, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und die über die geringsten Mittel verfügen, um ihre Einwohner vor Dürren, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen zu schützen.

Die Bundesdelegiertenversammlung des BUND sieht es daher als immer dringlicher an, den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen und die weiteren Ursachen des Klimawandels einzudämmen und die davon Betroffenen zu unterstützen.

Im Dezember dieses Jahres treffen sich Regierungen von 196 Staaten in Paris, um einen neuen globalen Klimaschutzvertrag zu verabschieden. Zentral wird es um die Fragen gehen, welche Länder ihre Emissionen um wie viel reduzieren und wie viel Geld die reicheren Staaten den ärmeren für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels zur Verfügung stellen. Die Zukunft der Energieversorgung – fossil oder erneuerbar – wird ebenfalls in Paris verhandelt.

Die Abkehr von Kohle, Öl und Gas, wird zwar immer öfter angemahnt (u.a. vom G7-Gipfel) – tatsächlich hat der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen jedoch noch nicht einmal begonnen. Der von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Sommer dieses Jahres ausgehandelte Kohlekompromiss ist dafür bezeichnend und zeigt, wie hart die Widerstände gegen die Energiewende sind. Zwar legt nun erstmals eine Bundesregierung Kohlekraftwerke still, um das Klima zu schützen. Das ist ein Erfolg der Klimabewegung. Doch es sind viel zu wenige, um das deutsche Klimaziel 2020 erreichbar zu machen. Und anstatt den klima- und sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle einzuleiten, werden den Konzernen ihre Kraftwerksblöcke teuer abverhandelt. Klimaschutz aber funktioniert nicht als Einmalmaßnahme. Der Klimawandel lässt sich nur bremsen, wenn Deutschland jetzt in einen Prozess einsteigt, der den Verbrauch von Energie schnell reduziert und auf einen Pfad zur klimaneutralen Energieversorgung mit hundert Prozent Erneuerbare Energien führt.

Andere Regierungen bereiten sich ebenfalls nur ungenügend auf den Klimagipfel in Paris vor. Die bisher bei den Vereinten Nationen eingereichten nationalen Klimaschutzpläne, die in den Vertrag integriert werden sollen, würden die globale Erwärmung nicht ausreichend begrenzen. Um drei Grad oder mehr könnten noch in diesem Jahrhundert die Temperaturen in der Erdatmosphäre ansteigen, wenn diese Pläne nicht entscheidend nachgebessert werden.

Für den BUND ist es inakzeptabel, dass unsere Lebensgrundlagen weiter aufs Spiel gesetzt werden. Daher erheben wir unsere Stimme für mehr Klimagerechtigkeit und mehr Klimaschutz jetzt, im Vorfeld des Weltklimagipfels von Paris.

Die Bundesdelegiertenversammlung des BUND fordert:

**\*Klimagerechtigkeit jetzt:** In Paris müssen strenge und verbindliche Treibhausgas-Emissionsreduktionen beschlossen werden. Diese müssen gerecht unter allen Staaten aufgeteilt werden und zusammengenommen die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad beschränken. Die Staaten müssen sich ferner dazu verpflichten, bis spätestens 2050 aus der Verstromung von Kohle, Öl und Gas auszusteigen.

**\*Gerechtigkeit für die Betroffenen:** Jenen Menschen, die von Klimaschäden besonders betroffen sind, muss geholfen werden. Sie müssen finanzielle, technische und weitere Hilfen für erlittene Schäden und für Anpassung bekommen. Das schließt ein, dass die Fluchtgründe von Menschen, die auf Grund von Auswirkungen der Klimakrise in ihrer Herkunftsregion ihre Lebensgrundlagen verloren haben, international anerkannt werden. Deutschland und andere Industriestaaten, die bisher am meisten CO<sub>2</sub> ausgestoßen haben, sind dabei besonders gefordert.

**\* Fairer Handel statt „Freihandel“:** Wir fordern den Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und die Nicht-Ratifizierung von CETA. Klimaschutz statt Handelswachstum und Investorenschutz! Keine Aushöhhlung der Demokratie, damit Umweltschutz weiter möglich bleibt.

**\*Energie- und Effizienzwende von unten:** Um die Energiewende zu beschleunigen und den Zugang zu sauberer Energie auch in armen Ländern breiten Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, muss die Subventionierung fossiler Energieträger gestoppt und die Abkehr von ihnen politisch eingeleitet werden. Stattdessen müssen Erneuerbare Energien dezentral, unter Beteiligung der Menschen vor Ort und unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange deutlich stärker gefördert werden. Eine Energiewende kann nur bei effizientem und reduziertem Gebrauch von Strom und Wärme gelingen.

**\*Kohleausstieg in Deutschland:** Deutschland muss schnellstmöglich aus der Kohleverstromung aussteigen und die Energiewende dynamisch vorantreiben. Der Abschied vom Landschaftsfresser Braunkohle mit seinen besonders hohen Emissionen muss zuerst erfolgen und deswegen dürfen keine neuen Tagebaue eröffnet oder genehmigt werden. Die ältesten und ineffizientesten Kraftwerke müssen vorrangig vom Netz. Für den geordneten Ausstieg aus der Kohle braucht es jetzt einen politischen Plan und entsprechende Maßnahmen. Nicht zuletzt, um den Strukturwandel in den Kohlerevieren sozialverträglich zu gestalten. Zugleich wollen wir die rasche Wende hin zu hundert Prozent Erneuerbaren Energien und das möglichst dezentral und in Bürgerhand.

**\*Reform des EEG:** Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss den Umstieg auf 100% wieder wirksam fördern. Dazu gehören ausreichende Vergütungssätze und die Streichung von rechtlichen Hemmnissen für einen wirtschaftlich attraktiven Betrieb und einen deutlichen Ausbau. Auch für dezentrale Speicher sind Markteinführungsinstrumente nötig.

**\*Agrarwende in Deutschland:** Massentierhaltung erzeugt große Mengen klimaschädlichen Ammoniaks. Grünlandumbruch und Ackernutzung von Moorböden verursachen erhebliche CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die industrielle Landwirtschaft hat somit einen deutlichen Anteil an den klimaschädlichen Emissionen Deutschlands. Die Agrarwende hin zu ökologischer Landwirtschaft ist daher ein wichtiger Bestandteil des heimischen Klimaschutzes.

**\*Umwelt- und klimaschädliche Wirtschafts- und Konsumweisen:** Schluss mit dem exzessiven Ressourcen- und Energieverbrauch bei Produktion und Konsum auch durch Vermeidung und Verwertung von Abfällen.

**\*Schutz von Wald und Boden:** Wälder und Böden müssen auch wegen ihrer Bedeutung als zentral bedeutsame Kohlenstoffspeicher erhalten und in dieser Funktion in ihrer Wirksamkeit geschützt und verbessert werden. Die Zerstörung tropischer, borealer und europäischer Wälder, sei es durch Soja- oder Palmölanbau oder durch überhöhten Zellstoffverbrauch muss verhindert werden.

**\*Verkehrswende:** Obwohl der Verkehr für 30% des Endenergieverbrauchs und 20% der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich ist, wurde in dem Bereich seit 1990 keine Tonne CO<sub>2</sub> eingespart. Deshalb müssen die Kosten des Verkehrs so gestaltet werden, dass eine wirksame Reduktion von Verkehrsaufkommen und Emissionen erreicht wird. In der Infrastruktur- und Stadtplanung muss den klimafreundlichen Verkehrsträgern und der Nahmobilität konsequent der Vorrang gegeben werden. Ohne eine Wende zur klimafreundlichen Mobilität wird die Bundesregierung ihre Klimaziele verfehlen.

**\*Ökologische Finanzreform:** Wir fordern eine wirksame ökologische Finanzreform, die Umweltübernutzung durch finanziellen Druck effektiv reduziert.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)  
Bundesdelegiertenversammlung  
Bad Hersfeld, 22. November 2015